


§ 10: Der subjektive Unrechtstatbestand (Teil 2)

III. „Gewöhnliche“ Kausalabweichungen

Beim Erfolgsdelikt gehört neben Handlung und Erfolg auch der ursächliche Zusammenhang zwischen beiden zum objektiven Tatbestand, so dass sich der Vorsatz des Täters auch darauf beziehen muss (*Rengier* AT § 15 Rn. 11; *Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 383; *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 27 Rn. 43).

 Da es sich beim Kausalverlauf um eine Prognose handelt und alle Einzelheiten des Geschehensablaufs nie genau vorausgesehen werden können, schließen **unwesentliche Abweichungen** des tatsächlich eingetretenen vom vorgestellten Kausalverlauf den Vorsatz des Täters nicht aus (h.M., vgl. BGHSt 7, 325; *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 27 Rn. 43; *Fischer* StGB § 16 Rn. 7). Eine unwesentliche Abweichung vom Kausalverlauf liegt vor, wenn sie sich „noch in den Grenzen des nach allgemeiner Lebenserfahrung Vorsehbaren hält und keine andere Bewertung der Tat rechtfertigt“ (BGHSt 7, 325, 329).

Zu einer **unwesentlichen** Abweichung die folgenden Beispiele:

Schulfall: *A stößt O von einer Brücke, damit er als Nichtschwimmer ertrinkt. Tatsächlich stirbt O an einem Genickbruch beim Aufschlag auf einen Brückenpfeiler.*

Bsp. nach RGSt 70, 257, 259: *A will O durch Schläge auf den Kopf mit einem Beil töten. Tatsächlich ver stirbt O im Krankenhaus an einer Wundinfektion.*

Bsp. nach BGH NStZ 2002, 475 (vereinfacht): *A und B wollen O durch die Injektion von Luft in eine Armvene töten. Beim Fixieren des O wenden beide eine solche Gewalt an, dass O beginnt aus Mund und Nase zu bluten. O erstickt am eingeatmeten Blut.*

Zu einer **wesentlichen** Abweichung hingegen die folgenden Beispiele:

Schulfall: *O wird nicht – wie geplant – unmittelbar durch den Schuss des A getötet, sondern infolge durchgehender Pferde, die durch den Schuss aufgeschreckt wurden.*

Bsp. nach BGHSt 38, 32: *A wollte auf einer Busfahrt Haschisch in die Bundesrepublik einführen. Während einer Übernachtung in Spanien entwendete der ebenfalls im Bus mitreisende C die Drogen in dem von A mitgeführten Koffer; keine vollendete Einfuhr nach §§ 29 I Nr. 1, 30 I Nr. 4 BtMG.*

Hinweis: Regelmäßig wird die Konstellation der Abweichung des vorgestellten vom tatsächlichen Kausalverlauf schon im Rahmen der objektiven Zurechnung zu thematisieren und zu lösen sein (Stichwort: atypischer Kausalverlauf, siehe KK 177 f.).

Exkurs: Eine Sonderkonstellation der Abweichung vom Kausalverlauf behandelt folgendes Urteil.

BGH NJW 2002, 1057: *Nach rechtsfehlerfreier Überzeugung des LG tötete M seine Ehefrau F am 6.1.1999 zu einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt. Weil weder die Leiche der F noch Tatspuren gefunden wurden, konnten keine näheren Feststellungen zum eigentlichen Tötungsgeschehen getroffen werden. Unter verschiedenen Möglichkeiten des Tathergangs konnte auch die folgende Konstellation nicht ausgeschlossen werden: M fesselte und/oder knebelte und/oder betäubte F mit dem Willen, sie später zu töten, und verbrachte sie im Kofferraum seines Wagens an einen Ort. Die geplante Tötung konnte M dann nicht mehr ausführen, weil F bereits vor, während oder nach dem Verbringen entgegen*

seines Plans ohne sein weiteres gewolltes Zutun verstorben war. M verbarg die Leiche. – Damit der indubio-pro-reo-Grundsatz einer Verurteilung des M wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts nicht entgegensteht, müsste M sich auch in dieser nicht ausschließbaren Konstellation wegen § 212 I StGB strafbar gemacht haben.

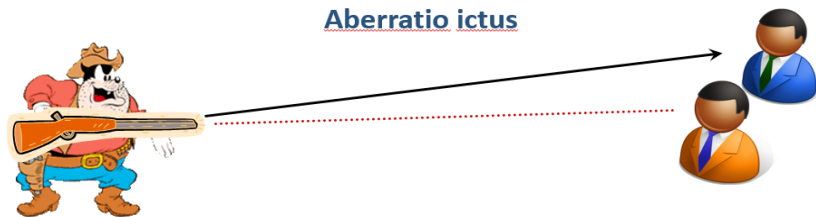
Weil der bloße böse Wille als solcher irrelevant ist, muss hier im Rahmen des subjektiven Tatbestands geprüft werden, ob M im Zeitpunkt des Transports der F schon so viel äußerliches Verhalten erbracht hat, dass er dabei die Schwelle zum Versuch überschritten hat. Nur dann wäre eine Verurteilung nach den Grundsätzen der unwesentlichen Abweichung des tatsächlichen vom vorgestellten Kausalverlauf überhaupt möglich. Denn damit der Vorsatz strafrechtliche Bedeutung erlangt, muss der Täter die zeitliche Schwelle zum strafbaren Verhalten überschritten, müsste hier also nach seiner Vorstellung von der Tat zur Verwirklichung des Tatbestands unmittelbar angesetzt haben (dazu § 23 der Vorlesung).

Führte die Prüfung zu dem Ergebnis, dass M die Schwelle zum Tötungsversuch durch das Fesseln und/oder Betäuben noch nicht überschritten hätte (der BGH nahm dies an, da die todesursächliche Handlung nicht unmittelbar in das Tatgeschehen einmünden sollte, sondern nach der Vorstellung des M zwischen Fesseln und Betäuben der F und ihrer Tötung eine zeitliche Zäsur von mehreren Stunden liegen sollte), wäre der Erfolg ungewollt während einer bloßen Vorbereitungshandlung eingetreten und M könnte lediglich wegen fahrlässiger Tatbegehung bestraft werden.

→ Einen weiteren Überblick bietet auch das Problemfeld *Abweichen vom Kausalverlauf/Irrtum über Kausalverlauf*: <https://strafrecht-online.org/problemfelder/at/tb/vorsatz/irrtum-verlauf/>

- Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der sog. Bluttausch-Fall. Eine Besprechung dieser BGH-Entscheidung ist unter *Bluttausch-Fall – BGHSt 7, 325* in unserer Kategorie Höchstrichterliche Rechtsprechung zu finden: <https://strafrecht-online.org/problemfelder/rspr/at/tb/obj-zur/bghst-7-192/>

IV. Aberratio ictus



Von einem Fehlgehen der Tat (aberratio ictus) spricht man in einer Situation, in der sich der Vorsatz des Täters auf ein bestimmtes Tatobjekt richtet, der Angriff auf dieses jedoch aufgrund eines vom Täter nicht vorhergesehenen Kausalverlaufs fehlgeht und ein anderes Objekt getroffen wird.

Bsp.: A will O töten und zielt aus großer Entfernung auf ihn. Tödlich getroffen wird der neben O stehende D.

Bsp. nach BGHSt 34, 53 (vereinfacht): Gastwirt G bemerkt, wie seine frühere Lebensgefährtin L gemeinsam mit ihrem neuen Freund F zu Fuß die Gaststätte verlässt. G gerät darüber in Wut und fährt mit seinem Pkw hinter L und F her. Er fährt alsdann gezielt auf F zu, um den Nebenbuhler zu töten. F springt im letzten Moment zur Seite. Der Pkw erfasst L und verletzt sie tödlich.

Wie hat sich G (bzw. entsprechend A) gem. § 212 I StGB strafbar gemacht?

1. Strafbarkeit des G im Hinblick auf § 212 I StGB durch das Anfahren der L

a) Objektiver Tatbestand

Durch das Zufahren auf L hat G den Tod der L kausal und objektiv zurechenbar verursacht. Objektiver Tatbestand des § 212 I StGB daher (+)

b) Subjektiver Tatbestand


Fraglich ist, ob G im Hinblick auf den Tod der L auch mit dem gem. § 15 StGB erforderlichen Vorsatz handelte. Das scheint deshalb zweifelhaft, weil G seinen Angriff eigentlich auf F als Tatobjekt lenken wollte, der Angriff aber abirrte und der tatbestandliche Erfolg an L eintrat, die G nicht anvisiert hatte und nicht verletzen wollte. G könnte sich somit in einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum nach § 16 I 1 StGB befunden haben.



Unstreitig liegt ein nach § 16 I 1 StGB beachtlicher Tatumstandsirrtum bei der **rechtlichen Ungleichwertigkeit** des anvisierten und tatsächlich getroffenen Tatobjekts vor (*Rengier* AT § 15 Rn. 30).

Bsp.: *A schießt mit Tötungsvorsatz auf B, trifft aber wider Erwarten nur dessen Hund.* – § 303 StGB am Hund (-), denn A wollte nicht ein Objekt der Gattung „Sache“, sondern ein Objekt einer ganz anderen Gattung („Mensch“) verletzen. Er kannte somit einen Umstand nicht (Sachqualität des Tatobjekts), der zum Tatbestand gehört, und handelte daher gem. § 16 I 1 StGB unvorsätzlich.

So liegt der Fall hier jedoch nicht: Anvisiertes und tatsächlich getroffenes Tatobjekt sind im vorliegenden Fall rechtlich gleichwertig. Sowohl F als auch L gehören beide derselben Gattung („Mensch“) an.

-  Wie die Fälle der aberratio ictus bei **rechtlicher Gleichwertigkeit** der Tatobjekte zu behandeln sind, ist umstritten:
- **Gleichwertigkeitstheorie:** Nach teilweise vertretener Ansicht (*Loewenheim* JuS 1966, 310; *Puppe* JZ 1989, 728; *Heuchemer* JA 2005, 275) soll in diesem Fall trotzdem Vorsatz im Hinblick auf die Tötung des getroffenen Objekts anzunehmen sein.
 - + Das Gesetz verlangt keine über das abstrakte Tatbestandsmerkmal hinausreichende Konkretisierung des Tätervorsatzes: G wollte einen Menschen (F) töten und hat einen Menschen getötet (L), also Vorsatz (+)
 - Der Täter hat ein bestimmtes Angriffsobjekt ins Auge gefasst und damit eine Objektindividualisierung vorgenommen: G wollte zwar F, nicht aber L töten. Die Auffassung unterstellt dem Täter einen generellen Verletzungswillen hinsichtlich aller Objekte einer Gattung, hinter dem die Vorstellung eines nicht vorhandenen *dolus generalis* aufscheint.
 - **Konkretisierungstheorie:** Die vorzugswürdige h.M. (BGHSt 34, 53; *Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 375 ff.; *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 27 Rn. 55, 57; *Rengier* AT § 15 Rn. 34) sieht den auf ein bestimmtes Objekt konkretisierten Vorsatz daher als „aliud“ (lat.: *alius* = etwas Anderes) gegenüber dem Vorsatz, irgendein Objekt der Gattung zu verletzen. Danach liegt kein Vorsatz im Hinblick auf das tatsächlich getroffene, aber nicht anvisierte Tatobjekt vor. In Betracht kommt stattdessen eine Bestrafung wegen fahrlässiger Tatbegehung am tatsächlich getroffenen Objekt und wegen versuchter Tatbegehung am eigentlich anvisierten Objekt (sofern Fahrlässigkeit und Versuch für das jeweilige Delikt unter Strafe steht).

- + Auch die Notwehrprobe stützt diese Ansicht: *Wie hat O sich strafbar gemacht, wenn er in Notwehr auf T schießt und den unbeteiligten X trifft?* Nach der Gleichwertigkeitstheorie hat sich O bzgl. X gem. § 212 I StGB strafbar gemacht. Sachgerechter erscheint die Lösung der Konkretisierungstheorie: Bzgl. X hatte O keinen Tötungsvorsatz – in Betracht könnte lediglich eine Strafbarkeit gem. § 222 StGB kommen, §§ 212 I, 22, 23 I StGB bzgl. T ist gem. § 32 StGB gerechtfertigt.
- Eine a.A. (*Schreiber JuS 1985, 873*) differenziert: Nur bei der Verletzung höchstpersönlicher Rechtsgüter, nicht aber bei übertragbaren Rechtsgütern (Eigentum und Vermögen) führt das Fehlgehen der Tat zum Vorsatzausschluss.
- + Nur bei der Verletzung höchstpersönlicher Rechtsgüter kommt es dem Täter auf die Verletzung einer bestimmten Person an. Dagegen sinkt die Vorsatzkonkretisierung auf ein bestimmtes Opfer bei Eigentums- und Vermögensdelikten zum bloßen Motiv herab und dem Täter ist mehr oder minder egal, wer geschädigt wird.
- Die allgemeinen Zurechnungsregeln müssen für alle Rechtsgüter gleichermaßen gelten.

Nach h.M. handelt G hier also unvorsätzlich im Hinblick auf den Tod der L.

c) Ergebnis

Mangels Vorsatzes hat sich G nicht wegen Totschlags nach § 212 I StGB an L strafbar gemacht.

2. Strafbarkeit des G im Hinblick auf § 222 StGB durch das Anfahren der L

Gem. § 16 I 2 StGB bleibt bei einem vorsatzausschließenden Tatumstandsirrtum nach S. 1 die Strafbarkeit wegen Fahrlässigkeit unberührt. Hier hat G den Tod der L fahrlässig herbeigeführt, so dass er deswegen nach § 222 StGB zu bestrafen ist.

3. Strafbarkeit des G im Hinblick auf §§ 212 I, 22, 23 I StGB durch das Zufahren auf F

Durch das Zufahren auf F hat G gleichzeitig auch versucht, diesen zu töten. Daher ist er auch wegen versuchten Totschlags nach §§ 212 I, 22, 23 I StGB zu bestrafen.

4. Gesamtergebnis

G hat sich durch eine Handlung wegen versuchten Totschlags (an F) und fahrlässiger Tötung (der L) strafbar gemacht: §§ 212 I, 22, 23 I, 222, 52 StGB.

→ Einen erweiterten Überblick des Meinungsstandes bietet auch das Problemfeld *aberratio ictus*:
<https://strafrecht-online.org/problemfelder/at/irrtum/tb/aberratio-ictus/>

V. Error in persona vel objecto



💡 Ein Irrtum über das Handlungsobjekt (*error in persona vel objecto*) meint eine Fehlvorstellung des Täters über die Identität oder sonstige Eigenschaften des Tatobjekts (*Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 369; *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 27 Rn. 40; *Rengier* AT § 15 Rn. 21).

Im Unterschied zur *aberratio ictus* tritt der tatbestandliche Erfolg hier an dem Objekt ein, das der Täter auch anvisiert hat; das Tatobjekt ist jedoch ein anderes, als sich der Täter vorstellt. Auch hier ist zwischen der **rechtlichen Ungleichwertigkeit** (1.) und der **rechtlichen Gleichwertigkeit** (2.) der Tatobjekte zu unterscheiden.

1. Rechtliche Ungleichwertigkeit der Tatobjekte



Der error in persona vel objecto stellt sich bei **rechtlicher Ungleichwertigkeit** des getroffenen gegenüber dem vorgestellten Tatobjekt als Tatumstandsirrtum nach § 16 I 1 StGB dar (*Rengier AT § 15 Rn. 24; Wessels/Beulke/Satzger AT Rn. 370*).

Bsp.: A will den Hund des B erschießen und trifft dabei das in die Hundehütte gekrochene Kind K, das sie nur schemenhaft erkannte und für den Hund wählte.

Bsp.: A will den O erschießen; was sie für O hält, ist tatsächlich jedoch eine Vogelscheuche.

Im **ersten Beispielfall** hat A tatsächlich das Objekt getroffen, das sie anvisiert hat, weshalb keine aberratio ictus vorliegt. Sie irrte jedoch über die Identität des Tatobjekts, da sie davon ausging, auf eine Sache und nicht auf einen Menschen zu schießen:

- § 212 I StGB an K (-): A kannte den Umstand nicht, dass es sich bei dem Tatobjekt um einen Menschen handelte, und handelte damit gem. § 16 I 1 StGB bzgl. § 212 I StGB unvorsätzlich.
 - § 222 StGB an K (+), wenn A erkennen konnte, dass sich ein Mensch in der Hütte befand (vgl. auch § 16 I 2 StGB).
 - §§ 303 I, III, 22, 23 I StGB (+): A hat versucht, den Hund des B zu beschädigen.
- ➔ A ist strafbar nach §§ 222, 303 I, III, 22, 23 I 52 StGB.

Nach den gleichen Grundsätzen gelangt man im **zweiten Beispielfall** zu dem folgenden Ergebnis:

- § 303 I StGB an der Vogelscheuche (-): A kannte den Umstand nicht, dass das Tatobjekt hier Sachqualität hatte. Sie handelte insoweit gem. § 16 I 1 StGB ohne Vorsatz.
 - Eine fahrlässige Sachbeschädigung an der Vogelscheuche ist nicht strafbar (vgl. §§ 303, 15 StGB).
 - §§ 212 I, 22, 23 I StGB an O (+): A hat versucht, den O zu töten.
- ➔ A ist wegen versuchten Totschlags strafbar.

2. Rechtliche Gleichwertigkeit der Tatobjekte



Dagegen stellt sich der error in persona vel objecto bei **rechtlicher Gleichwertigkeit** des getroffenen gegenüber dem vorgestellten Tatobjekt als für den Vorsatz unbeachtlicher Motivirrtum dar (*Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 371; *Rengier* AT § 15 Rn. 22).

Bsp.: *A will B töten; in der Dämmerung legt sie auf eine Person an, die sie aufgrund ihrer Statur für B hält und erschießt diese; wie sich später herausstellt, war diese Person in Wahrheit jedoch C.*

Bsp. nach BGHSt 11, 268: *Räuberin A schießt auf der Flucht auf einen vermeintlichen Polizisten; in Wahrheit handelt es sich jedoch um ihren Komplizen B, den sie in der Dunkelheit nicht erkannt hat.*

Wie beurteilt sich die Strafbarkeit von A nach § 212 I StGB?

Vorliegend hat A tatsächlich das Objekt getroffen, das sie anvisiert hat, weshalb keine aberratio ictus vorliegt. Sie irrte jedoch über die Identität des Tatobjekts, da sie davon ausging, auf B und nicht auf C zu schießen. Sowohl B als auch C gehören aber der gleichen Gattung („Mensch“) an, deren Tötung § 212 I StGB ohne Ansehung ihrer Individualität verbietet. Unabhängig davon, ob B = B oder B = C ist, ist der Täterin in jedem Fall bewusst, auf einen Menschen zu schießen. Sie kennt daher alle Umstände (auch auf einen Menschen zu schießen), die zum Tatbestand gehören, und handelt damit vorsätzlich. Vielmehr liegt ein bloßer Motivirrtum vor: A handelt, weil sie die Person treffen will, die sie irrig für eine andere hält. Ein Motivirrtum ist jedoch unbeachtlich, da Bezugspunkt des Vorsatzes gem. § 16 I 1 StGB nur die äußeren Tatumstände, nicht aber die Beweggründe für die Tat sind:

- § 212 I StGB an C (+): A kennt alle Umstände, die zum Tatbestand des § 212 I StGB gehören, insbesondere ist sie sich bewusst, auf einen Menschen zu schießen.
- §§ 212 I, 22, 23 I StGB an B (-): Die Tötung des „falschen“ Objekts begründet keinen Versuch am „richtigen“; der Vorsatz, einen Menschen zu töten, ist mit der Tötung des „falschen“ Objekts „verbraucht“: Ansonsten würden dem Täter zwei selbstständige vorsätzliche Unrechtstaten vorgeworfen, obwohl er nur eine geplant und somit gerade keinen Doppelvorsatz hatte.

Ein Formulierungsvorschlag für die klausurmäßige Lösung dieses Problems findet sich bei *Nestler/Prochota Jura* 2020, 132, 133.

- Eine erweiterte Übersicht der beiden Fallgruppen bietet auch das Problemfeld *Behandlung des error in persona vel objecto*: <https://strafrecht-online.org/problemfelder/at/irrtum/tb/error-persona/>

VI. Abgrenzungsfragen aberratio ictus und error in persona

In besonderen Fallgestaltungen, in denen Tathandlung und -erfolg zeitlich auseinanderliegen (Distanzfälle), kann es schwierig zu entscheiden sein, ob ein bloßer Irrtum über das Handlungsobjekt (error in persona vel objecto) vorliegt oder ein Fehlgehen der Tat (aberratio ictus) anzunehmen ist.

Fallbeispiel von Hefendehl Jura 1992, 374: Die Geldfälscher L und T präparieren ihren Kopierer mit einer Bombe, die durch die Kopiertaste aktiviert werden soll. Als Todesopfer haben sie ihren Geldfälscherkollegen F auserkoren, dem sie den Kopierer zu einem „Freundschaftspreis“ überlassen, damit er seinem Handwerk als Geldfälscher nachgehen könne. Bevor F das Kopiergerät betätigt, bedient es der Polizist P, um sich ein Beweismittel zu verschaffen, und findet den Tod.

Sprengfallen-Fall (vereinfacht nach BGH NStZ 1998, 294): Um R zu töten, brachte A an dem vor der Garage stehenden Wagen eine Handgranate an. Er ging dabei davon aus, dass die Garage zum Haus des R gehöre. Tatsächlich gehörte die Garage aber zum Anwesen von Rs Nachbarn S, der sein Fahrzeug dort geparkt hatte. A befestigte die Granate so, dass bei einer Radumdrehung der Splint der Granate gelöst und die Granate explodieren sollte. Als S den Wagen das nächste Mal nutzte, explodiert die Granate und S kommt zu Tode.

Liegt in diesen Fällen ein error in persona oder eine aberratio ictus vor?

- Man könnte sagen, die Täter haben F bzw. R anvisiert, wobei aber P bzw. S unvorhergesehen in den Geschehensablauf eingegriffen haben, so dass der Angriff auf diese beide abirrte. Dann wäre eine aberratio ictus anzunehmen.

- Man könnte aber auch sagen, die Täter haben genau das Tatobjekt getroffen, das sie auch treffen wollten, nämlich den ersten Benutzer des Kopierers bzw. des Autos, und irrten nur über dessen Identität. Dann wäre ein error in persona anzunehmen.

Überzeugend erscheint es, Fälle dieser Art als error in persona zu behandeln (BGH NStZ 1998, 294; *Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 380; *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 27 Rn. 60; *Joecks/Jäger* § 15 Rn. 40; *Hefendehl* Jura 1992, 374 [381 ff.]). Denn in diesen Fällen wird das Opfer mittelbar über das todbringende Objekt (Kopierer bzw. Auto) individualisiert. Ein Fehlgehen liegt nicht vor, da sich das Tatkonzept vollständig realisiert und der vom Täter zum Opfer bestimmte jeweilige erste Nutzer auch tatsächlich getroffen wird. Er ist nur nicht der, für den ihn der Täter hält. Wer ein Tatmittel verwendet, das ausschließlich auf Objekte einer „tatbestandlichen Gattung“ wirkt, und wer gleichzeitig nicht absolut sicher die ausschließliche Zielrichtung auf ein Individuum festlegen kann, handelt mit dolus eventualis des Inhalts, dass der Tod des jeweiligen Benutzers billigend in Kauf genommen wird.

Ergänzend kann danach differenziert werden, ob der Täter Maßnahmen getroffen hat, damit sich sein Tatmittel tatsächlich nur am anvisierten Objekt auswirkt. Fehlen solche Maßnahmen, trägt er das Verwechslungsrisiko und unterliegt einem error in persona (*Rengier* AT § 15 Rn. 47; *Nestler/Prochota* Jura 2020, 132, 137).

- Eine erweiterte Besprechung der BGH-Entscheidung ist auch unter *Sprengfalle am Auto – BGH NStZ 1998, 294* in unserer Kategorie Höchstrichterliche Rechtsprechung zu finden:
<https://strafrecht-online.org/problemfelder/rspr/at/irrtum/tb/bgh-nstz-1998-294/>

Literatur zum Streitstand: *Rengier* AT § 15 Rn. 44 ff.

VII. Vorsatzwechsel

Kein Vorsatzproblem besteht, wenn der Täter auf der Suche nach Stehlenswertem sein primäres Ziel, nämlich teure Notebooks, nicht findet, dafür aber andere attraktive Diebstahlsobjekte. Der Vorsatz im Hinblick auf die Wegnahme **einer** fremden beweglichen Sache bleibt derselbe, auch wenn er sich im Rahmen einer einheitlichen Tat hinsichtlich des Diebstahlsgegenstands verengt, erweitert oder sonst ändert (BGHSt 22, 350; 26, 104).

Bsp.: A bricht auf der Suche nach Stehlenswertem in eine Wohnung ein. Insbesondere hat A das Notebook der Wohnungsinhaberin im Blick, das sie kennt. A bemerkt, dass die Wohnungsinhaberin das Notebook anscheinend mitgenommen hat, aber ihr Smartphone dagelassen hat, und entschließt sich, dieses mitzunehmen. – A erfüllt (u.a.) §§ 242 I, 244 IV StGB, weil sich ihr Vorsatz nach dem Einbrechen nur geändert hat.

Davon zu unterscheiden ist der Fall, dass der Täter bei einem Diebstahlsversuch seinen ursprünglichen (Raub-/Diebstahls)Entschluss zunächst **vollständig aufgibt**, bevor er einen gänzlich neuen, andersartigen Raub- oder Diebstahlsvorsatz fasst (BGH MDR 1969, 722).

Bsp.: A bricht in eine Wohnung ein, weil sie es auf ein wertvolles Notebook abgesehen hat. Als A bemerkt, dass die Wohnungsinhaberin das Notebook mitgenommen hat, tritt sie enttäuscht über den Misserfolg ihrer Tat den Rückweg an. Kurz vor Verlassen der Wohnung entdeckt sie eine Flasche Cola. Weil sie gerade durstig ist, nimmt sie sie mit. – A verwirklicht nur §§ 242 I, 244 IV, 22, 23 I StGB am Notebook und einen „einfachen“ (keine Qualifikation) § 242 I StGB an der Flasche, weil sie ihren Vorsatz zum Wohnungseinbruchsdiebstahl vollständig aufgegeben hat, bevor sie einen neuen Vorsatz zum Stehlen der Flasche fasst.

VIII. Dolus generalis und verwandte Fallgestaltungen



Von dolus generalis spricht man zunächst in Fallgestaltungen, in denen der Täter willentlich und wesentlich eine Gefahr für eine beliebige Vielzahl von Rechtsgütern schafft oder er sich infolge einer Unsicherheit über das Ausreichen einer Ersthandlung noch eine Zweithandlung vornimmt, um sein tatbestandliches Ziel zu erreichen (*Kindhäuser/Zimmermann* AT § 14 Rn. 37).

Bsp.: *Terrorist A deponiert an einer belebten Stelle eine Bombe um durch deren Explosion möglichst viele Menschen zu töten.* – A hat einen generellen Tötungs- und Verletzungswillen hinsichtlich aller späteren Opfer.

Bsp.: *A hat in Tötungsabsicht mit einer Eisenstange auf O eingeschlagen; weil er sich nicht sicher ist, ob O bereits tot ist, hängt er ihn anschließend noch auf, was den Erstickungstod des O bewirkt.* – A hat hier einen generellen Tötungsvorsatz, der sich auch noch auf die zweite Handlung erstreckt (dolus eventualis, durch Strangulation einen Menschen zu töten).

Schließlich wird das Vorliegen eines dolus generalis auch für Konstellationen verwendet, in denen der Täter glaubt, den tatbestandsmäßigen Erfolg schon durch einen **ersten Akt** verwirklicht zu haben, der Erfolg jedoch objektiv erst durch einen **zweiten Akt** des Täters bedingt wird.

Bsp. (Jauchegrubenfall nach BGHSt 14, 193): *A würgte O und stopfte ihr zwei Hände voll Sand in den Mund, um sie am Schreien zu hindern, wobei A den Tod der O in Kauf nahm. Als O regungslos dalag, war A von ihrem Tod fest überzeugt und versenkte die vermeintliche Leiche in einer Jauchegrube. In Wirklichkeit trat der Tod der bis dahin nur bewusstlosen O erst hierdurch ein.*

Wie eine derartige Sachverhaltsgestaltung rechtlich zu lösen ist, wird uneinheitlich beurteilt:

- Die **Lehre vom dolus generalis** (*Welzel* StrafR S. 74) sieht in beiden Akten ein einheitliches Geschehen, das auch im zweiten Teil vom Tötungsvorsatz getragen wird: § 212 I StGB (+)
 - Vorsatz des Täters ist nach der Ersthandlung erloschen: Mit dem zweiten Ausführungsakt will der Täter eine Leiche entsorgen, aber keinen Menschen töten.
- **Versuchslösung:** Andere (*Kühl* AT § 13 Rn. 48) sehen in den Teilakten zwei selbstständige Handlungen und halten den Tötungsvorsatz bei Vornahme der Zweithandlung für erloschen: §§ 212 I, 22, 23 I StGB bzgl. der Ersthandlung in Tatmehrheit mit § 222 StGB bzgl. der Zweithandlung.
 - Diese Theorie knüpft isoliert an die Zweithandlung an und reißt damit ein einheitliches, zusammengehörendes Geschehen widernatürlich auseinander.
- **Vollendungslösung:** Nach h.M. (BGHSt 14, 193; *Rengier* AT § 15 Rn. 56 f.) sind diese zweiaktigen Geschehensabläufe nach den Grundsätzen der (un-)wesentlichen Abweichung vom Kausalverlauf zu lösen. A hätte ohne den ersten Akt (Würgen und Sand in den Mund stopfen) keinen Grund für den zweiten Akt (Entsorgen der vermeintlichen Leiche) gehabt (vgl. *Lichtenthäler* JuS 2020, 211 f.). Beide Akte können daher nicht hinweggedacht werden, ohne dass der Todeserfolg entfielen. Anknüpfungspunkt ist dann der mit Tötungsvorsatz vorgenommene erste Akt. Der hierdurch ausgelöste zweite Akt stelle eine unwesentliche Abweichung des vorgestellten vom tatsächlichen Geschehensablauf dar. Unwesentlich sei die Abweichung, wenn sich der eingetretene Enderfolg im Rahmen des Vorhersehbaren hält und mit Blick auf den Verwirklichungswillen des Täters kein inadäquates Ereignis (hier: spätere Entsorgung der Leiche war geplant) darstellt (*Wessels/Beulke/Satzger* AT Rn. 390).

Hinweis: Die Lösung über die Annahme eines *dolus generalis* wird heute nicht mehr vertreten und sollte in einer Klausur höchstens kurz angesprochen werden. Im Übrigen muss bereits vor Prüfung des Vorsatzes die **objektive Zurechnung** problematisiert werden. Fraglich ist insofern, ob sich das durch die Ersthandlung geschaffene Risiko im Tod realisiert hat. Das lässt sich etwa mit der Erwägung bejahen, ungewollte Erfolgseintritte durch spätere Handlungen seien nicht fernliegend und damit nach allgemeiner Lebenserfahrung vorhersehbar (*Rengier AT § 15 Rn. 59*).

- Einen erweiterten Überblick des Meinungsstandes bietet auch das Problemfeld Vorsatz bei mehraktigem Geschehen: <https://strafrecht-online.org/problemfelder/at/tb/kausalitaet/vorsatz/>
- Eine erweiterte Besprechung der BGH-Entscheidung ist auch unter Jauchegruben-Fall – BGHSt 14, 193 in unserer Kategorie Höchstrichterliche Rechtsprechung zu finden:
<https://strafrecht-online.org/problemfelder/rspr/at/tb/vorsatz/bghst-14-193/>

Die umstrittene Konstellation des *dolus generalis* lässt sich **umgekehrt** auch dergestalt vorstellen, dass ein tatentschlossener Täter nach Eintritt in das Versuchsstadium den Erfolg vorzeitig bereits durch die Ersthandlung und nicht, wie eigentlich beabsichtigt, durch die Zweithandlung herbeiführt.

Bsp. nach BGH NStZ 2002, 475: A und B wollen K durch das Injizieren von Luft töten. Um K ruhigzustellen, schlägt B auf ihn ein, knebelt ihn mit einem Tuch und hält ihn von hinten fest. A setzt die seiner Meinung nach tödliche Spritze in die linke Armbeuge des K. Der Tod tritt indes infolge der Einwirkung durch B ein. Die in der Spritze befindliche Luftmenge hätte für eine Tötung nicht ausgereicht.

Die h.M. stützt sich auch hier wieder auf den Gedanken der (un-)wesentlichen Abweichung vom Kausalverlauf. Die Abweichung sei regelmäßig unerheblich, wenn der Täter nach Eintritt der Tat in das Versuchsstadium den Erfolg früher als geplant und nicht erst durch die hierfür auserkorene Zweithandlung herbeigeführt hat. Die Bestrafung habe aus dem vollendeten Delikt zu erfolgen (BGH NSTZ 2002, 475 f.; *Rengier* AT § 15 Rn. 60 ff.; *Roxin* GA 2003, 257 ff.).

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- I. Die Abweichung des vorgestellten vom tatsächlichen Kausalverlauf: eine Frage des subjektiven oder des objektiven Tatbestandes?
- II. A will den B töten und meint, diesen vor der Flinte zu haben. Der Schuss geht fehl und trifft einen Passanten. Es stellt sich heraus, dass dieser Passant aber doch der B ist. Was für eine rechtliche Konstellation liegt vor?
- III. Was ist das Besondere an Bomben, die durch Menschen aktiviert werden, im Hinblick auf die Abgrenzung von error in persona und aberratio ictus?
- IV. Gibt es Konstellationen bei der aberratio ictus, bei denen man zur Strafflosigkeit kommt?

Lernhinweis Multiple-Choice-Test:

Wenn Sie über die Ihnen nun vertrauten Schlagwörter zur Wiederholung hinaus Ihr Wissen und Ihren Lernfortschritt spielerisch überprüfen möchten, versuchen Sie sich doch einmal am Multiple-Choice-Test auf unserer Homepage. Zum nun behandelten Lernfeld Tatbestand finden Sie dort 23 am Vorlesungsstoff orientierte Fragen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad und kommentierten Lösungen zum Durchklicken und Punktesammeln. <https://strafrecht-online.org/mct-tatbestand>